

Bericht aus dem Kantonsrat zu Handen der SP5-Generallversammlung

Von Tobias Langenegger, April 2017

Das letzte Amtsjahr war vom grossen Kürzungsprogramm Leistungsüberprüfung 2016, kurz Lü16, geprägt. Wie in meinem letztjährigen Kantonsratsbericht bereits angekündigt, ‚muss‘ der Regierungsrat von 2017 bis 2020 1,8 Milliarden Franken einsparen. Dafür schlug er das Lü16-Paket mit über 100 Massnahmen vor. 13 dieser Massnahmen müssen respektive mussten vom Kantonsrat bewilligt werden. Die SP Kantonsratsfraktion hatte bereits vor der Öffentlichmachung des Regierungsrätlichen Lü16-Pakets mit einer Medienkonferenz darauf aufmerksam gemacht, dass diese Kürzungsrunde nicht nötig ist. Einerseits sind die Prognosen der Regierung für die Planjahre immer wesentlich schlechter, als die Jahre dann effektiv abschliessen, andererseits muss der Kanton konsequenter dem teuren künstlichen Wettbewerb in der Bildung und der Gesundheit Einhalt gebieten. Wie teuer dieser künstliche Wettbewerb ist, zeigt sich symptomatisch bei den Spitälern. Obwohl die Spitäler laufend privatisiert werden, kosten die ambulanten und stationären Behandlungen den Kanton stetig mehr. Würde dieser nicht funktionierende Wettbewerb durch eine sinnvolle und zentral erfolgende Planung ersetzt werden, würde das laut Berechnungen des Bundesamtes für Gesundheit hunderte von Million Franken einsparen!

Die Regierung ging dann aber wie erwartet einen anderen Weg. Sie anerkannte zwar, dass es in den Budgets Luft hat und liessen auch einige Luft aus den Budgets ab. Weiter möchte die bürgerliche Regierung aber auch bewusst Leistungskürzungen in Kauf nehmen. Dies insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Bildung und Gesundheit. Zu den schmerzhaftesten Posten gehört sicher die Kürzung der individuellen Prämienverbilligung. Alleine bei den individuellen Prämienverbilligungen wollte die Regierung 10% kürzen, diese Kürzung von 40 Millionen Franken wäre vollumfänglich auf den Buckel des Mittelstandes erfolgt. Glücklicherweise konnte diese Vorlage mit vereinten Kräften, ausser natürlich der SVP und der FDP, noch verhindert oder besser gesagt verschoben werden. Die GLP ist nämlich absolut für diese Kürzung, möchte sie jedoch nicht sofort, sondern mit einer Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz vollziehen. Ansonsten hält die Bürgerliche Kürzungsallianz bisher dicht. Die einzigen Vorlagen der Regierung, welche das Parlament nicht unterstützt hat, waren die beiden Vorlagen „Beschränkung des Pendlerabzugs“ (wurde auf 5'000 anstatt wie vorgeschlagen 3'000 Franken begrenzt) sowie die „Lex Hirslanden“, welche Spitäler mit besonders vielen Zusatzversicherten (Halb- und Privatversicherte) besteuert hätte. Alle Kürzungen werden also vollzogen, alle Mehreinnahmen torpediert!

Persönlich war ich sehr früh stark in die Lü16 Vorlage involviert. Dies vereinfachte mir einen guten Start in der Fraktion und führte mich sehr rasch ins Epizentrum der Kantonsrätlichen Politik. Als dann im Sommer durch einen überraschenden Austritt eines Fraktionsmitglieds ein Platz in der Finanzkommission (FIKO) frei wurde, wurde ich vom Fraktionspräsidium gebeten diesen Platz zu übernehmen. Und so startete ich nach den Sommerferien meine Arbeit in der FIKO. Die FIKO macht mir viel Spass, auch wenn die FIKO schon ein ganz anderes Paar Schuhe ist. Wir haben wöchentlich Kommissionssitzung und jedes Mitglied ist zusätzlich als Referent einer weiteren Kommission zugeteilt. So wurde ich quasi gerade auch noch Mitglied der

Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), welche von Anfang an meine Wunschkommission war!

Der Herbst war sodann geprägt vom Budget 2017 und dem konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) für die Jahre 2017 – 2020. Diese Arbeit ist zwar in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse (die Linken haben drei der elf Plätze in der FIKO) nicht einfach, mit genügend Einsatz und Verhandlungsgeschick lässt sich aber einiges bewirken. So konnten wir ein paar einschneidende Kürzungen im Budget 2017 durch Verhandlungsgeschick verhindern. Weiter behandelt die FIKO alle Lü16-Massnahmen, welche mir bis dahin schon sehr bekannt waren.

Ab November war dann die Unternehmenssteuerreform III (USR III) auch im Kantonsrat ein wichtiges Thema. So reichte die SP verschiedene Anfragen dazu ein und schaltete sich mit Fraktionserklärungen in die Abstimmungsdebatte ein. Es war in diesem Zusammenhang frustrierend, wie wenig Informationen einem die Regierung geben muss, auch wenn man eine Kantonsrätliche Anfrage einreicht! Alle Tricks der bürgerlichen haben dann bekanntlich trotzdem nicht gereicht, um die USR III durchzuboxen.

Neben der Finanzpolitik bläst aktuell insbesondere in der Flüchtlingsthematik ein ganz rauher Wind. Soeben wurde beschlossen, dass vorläufig aufgenommene Flüchtlinge keine Sozialhilfe mehr bekommen. Dies im vollen Bewusstsein, dass somit den Städten und Gemeinden wichtige Mittel für die Integration fehlen! Die Mehrheit des Kantonsrats ist der klaren Auffassung, dass alle, welche sozio-ökonomisch schlechter gestellt sind, selbst dafür verantwortlich sind. Entsprechend soll die staatliche Unterstützung für diejenigen Menschen auf das Minimum reduziert werden. Auch in der Gesundheitspolitik fährt die bürgerliche Mehrheit einen radikalen Kurs: Spitäler werden ganz nach der Logik „Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen“ privatisiert. Obwohl klar ist, dass in Privatspitälern diejenigen Behandlungen respektive Patientinnen und Patienten (Allgemeinversicherte!), welche weniger Gewinnbringend sind, möglichst nicht mehr angeboten respektive vermieden werden.

Auf dieses Jahr hin hat die FIKO noch mehr Kompetenzen im Budget- und KEF-Prozess. Neu kann sie den Sachkommissionen Vorgaben machen, wie viel sie in ihrem Bereich kürzen müssen. Dies bedeutet für die linken FIKO-Mitglieder noch engagierter und noch Sachkundiger in die Debatte zu gehen, um den Kürzungswahn etwas abzufedern. Ich freue mich auf die Arbeit und das kommende Jahr – immer im Wissen, dass gegen den Kürzungswahn nur bedingt etwas zu erreichen ist.